

im Jahre 1991 die Höhe von rund sFr. 17 Milliarden und für 1993/94 ist mit gleichbleibender Arbeitslosigkeit (ca. 8,5%) zu rechnen. Auch Portugal und Spanien sind trotz intensiver Finanzspritzen der EG nicht in der Lage, die Wirtschaft in den Griff zu bekommen. So ist z.B. Portugal heute noch nicht in der Lage, nur gerade die Zinsen für die bestehenden Auslandsschulden zu finanzieren. Sind die Vertreter dieser Länder etwa nicht in der Lage, die von einem "europäischen Staat" getroffene Volksentscheidung zu akzeptieren und nun das Beste daraus zu machen?

Absolut unverständlich wird diese Haltung jedoch dann, wenn man weiss, dass gerade Spanien sich derzeit innerhalb der EG als "Querulant" aufführt, indem das per 1.7.1993 geplante Inkrafttreten des EWR durch die Forderung, alle EG-Staaten müssten zuerst die Maastrichter Verträge unterzeichnet haben, zu verhindern versucht wird. Im übrigen war es ebenfalls Spanien, welches sich bei den Verhandlungen des Zusatzprotokolls zum EWR über das Ausscheiden der Schweiz beschwerte, da damit 27% der Zahlungen in den Kohäsionsfonds entfielen und Spanien daher in Zukunft mit weniger Zuschüssen rechnen musste als dies eingeplant war. "Neid des Besitzlosen"? Wenn derartige "Spieleereien" zu den "Machenschaften" eines künftigen, vereinten Europas gehören sollten, dann ist wohl jedem noch nicht "integrierten" europäischen Staat davon abzuraten, diesem "Club" jemals beizutreten. All jenen Ländern, welche die schweizerische EWR-Entscheidung "insgeheim" nicht akzeptieren können oder wollen, sei geraten, im eigenen Lande einmal zuerst das Volk über die europäischen Integrationsbewegungen abstimmen zu lassen. Es ist sehr einfach und billig, über die Köpfe der eigenen Bevölkerung hinweg eine Entscheidung zu treffen und dabei demokratisch zustande gekommene Volksentscheidungen eines europäischen Nachbarlandes zu ignorieren und zu kritisieren. Wohin derartige "Diktaturen" innerhalb Europas geführt haben, hat uns die Vergangenheit wohl mehrfach auf sehr eindrückliche Weise gezeigt. Vieles deutet heute darauf hin, dass das im Maastrichter Vertrag verankerte "Subsidiaritäts-Prinzip" in Zukunft wohl nicht viel mehr als ein Wunschtraum vieler Europäer bleiben wird. Solange es innerhalb Europas weiterhin noch Staaten gibt, welche den "Volkswillen" derart unterschätzen bzw. missachten, wird es nie eine funktionierende "Europäische Gemeinschaft" geben können. Die Schweiz ist und bleibt in diesem Punkt das europäische Paradebeispiel schlechthin, denn welcher andere europäische Staat ist sonst noch in der Lage, bezogen auf die letzten 700 Jahre trotz Mehrsprachigkeit und Multifunktionalität eine derartige Stabilität und Leistungsfähigkeit aufzuweisen?

#### 68. S.D. Prinz Nikolaus: Zollvertragsprobleme noch im 1993 ausgeräumt

Am 17.3.1993 haben die zwölf EG-Staaten sowie sechs der sieben EFTA-Staaten das Zusatzprotokoll zum EWR-Vertrag unterzeichnet. Die liechtensteinische Regierung geht nun davon aus, dass Liechtenstein ca. Anfang 1994 dem EWR beitreten könne, sofern das Volk dem Zusatzprotokoll sowie dem abgeänderten Zollvertrag zustimmt. S.D. Prinz Nikolaus erklärte am 18.3.1993 bei einer Pressekonferenz, dass die Schwierigkeiten mit dem Zollvertrag noch im Verlaufe dieses Jahres ausgeräumt werden könnten.

#### 69. Dänemark: Die Befürworter von Maastricht nehmen weiter ab

Am 18.5.1993 wird es soweit sein: die Dänen werden über die abgeänderten "Maastrichter-Verträge" abstimmen. Neuesten Umfragen zufolge sprechen sich derzeit nur gerade noch 47% von 1044 Befragten für diese Verträge aus. Als Vergleich dazu sei erwähnt, dass damals, ein Monat vor der ersten Abstimmung, noch ca. 58% der Befragten für diese Verträge waren. Im "House of Commons", dem sogenannten Unterhaus in Eng-